

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 188.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Belegpreis für Halle und Verone 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für den Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratz-Beleggen: Halle'scher Courier (Mg. Beleggen), M. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeleg), Smdo, Württemberg, Münchener Wochenblatt, Sächsische Wochenblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Belegpreis für die telegraphische Kolonialzeitung oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, außerdem 30 Pfennig. — Neftamen am Schluß des reaktionären Zeits die Seite 100 Pfennig. Eingelagerte bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Verkaufsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Nebentelefon 8110. Ueberschreiber: Dr. Straaser-Neuberg, Halle (Saale).

Mittwoch, 23. April 1913.

Verkaufsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Scharfstr. Nr. 6230. Druck und Verlag von Otto Grottel, Halle (Saale).

Deutsch-Französisches.

Zahrgangselong hat die deutsche Politik und hat das deutsche Volk ehrlich und unermüdet um die Ver- sähnung mit Frankreich sich bemüht. Abneigung hat auf unserer Seite eigentlich nie bestanden — ja, es gibt kein Volk, mit dem wir uns so gerne gut vertragen würden, wie das französische. Eine Zeitung hatte es auch den Anschein, als ob diesen Bemühungen ein gewisser Erfolg beschieden sein sollte, bis dann die

Marokkofrage

fam. Von der Reise des Kaisers nach Tanger datiert die Wiederberuhigung der Stimmung in Frankreich, der „Wantherprung“ nach Agadir hat ganz entgegen den Wünschen seines Urheber die neue Entfremdung in ein akutes und fast kritisches Stadium gebracht. Diese Entfremdung eines Kriegsschiffes an die Südküste von Marokko sollte ja eigentlich nur eine Verhärterung, eine Art „Notabene“ sein und die Notwendigkeit einer freundschaftlichen Verständigung auch den minderen Schärffinnigen und den minder billigen Denkenden klar machen. Für die französische Volkseele ist aber diese einleitende Verhärterung die Sanktions- sache geworden. Man tut so und hat es sich schließlich selber eingeleitet, als ob man mit einer plötzlichen Vergewaltigung durch Deutschland rechnen müßte. Und seitdem steht

die Stimmung in Frankreich

ganz und gar unter dem Zeichen dieser vermeintlichen Gefahr, zum großen Wohlgefallen der unverbesserten Neben- politik und der fruchtlosen Militärs. Unter den Motiven für die neue deutsche Wehrvorlage steht die innere Entwicklung nicht an erster Stelle, aber der Reichskanzler hat sie in seiner großen Rede vom 7. April ausdrücklich mitvermerkt, und trotz aller Darlegungen über die Verdrängung der Machtverhältnisse in europäischen Südkontinenten hält auch bei uns die öffentliche Meinung daran fest, daß die Stimmung in Frankreich nicht eine Nebenursache, sondern in Wirklichkeit das eigentlich treibende Moment bei der

Seeerklärungen

sei. Ganz selbstverständlich ist, daß man die Sache in Frankreich so aufgeföhrt hat. In den Gründen, mit denen dort die Notwendigkeit der Wiedereröffnung der dreijährigen Dienstzeit belegt wird, ist von etwas anderem, als von Deutschland, überhaupt nicht die Rede. Die Beförderung in den Beziehungen zwischen den beiden Völkern und Staaten ist also nicht nur unterbrochen, sondern in ihr Gegenteil verkehrt; wir sind geradezu um Jahrzehnte zurückgeworfen. Mit dieser Lastade haben wir uns im Bewußtsein unserer friedlichen Stimmung und unserer Kraft ruhig abzufinden. Das ist nun leider in peinlicher Weise erschwert worden durch die

zwei Zwischenfälle

der letzten Wochen: durch die unfreiwilige Landung eines von der Abnahme stehenden, aber noch unter bürgerlicher Führung sich befindenden Zeppelin-Luftschiffes in Lunewille am 3. April und dann durch die bähischen Szenen in Nancy in der Nacht vom 13. auf den 14. April. Beide haben die Gemüter hitzen und drüben mächtig erregt. Der Zeppelin-Zwischenfall hatte anheimelnd mit der verhältnismäßig raschen Freilassung des Luftschiffes eine glatte Lösung gefunden, die einen Dank der deutschen Regierung an die französische zu rechtfertigen schien und deshalb eher zu einer Milderung der Spannung beitragen vermag. Nachher hat sich freilich herausgestellt, daß zu jener Denflangung kaum ein Grund vorlag, oder daß jedenfalls die Beweiskerna von Lunewille einseitig des beteiligten Militärs keinen Anbruch darauf hatte, daß die unfreiwilige deutsche Gatte nicht nur als Gegner, sondern als Gegner nicht ein mal anständig behandelt worden waren. Diese Erkenntnis hinterläßt natürlich einen bitteren Beigeschmack. Es wäre ja besser gewesen, wenn man die Wahrheit (vergl. den Artikel hierunter) sofort erfahren hätte, und es bleibt unangeführt, wie der Luftschiffbau Zeppelin vertrieben lassen konnte, das Luftschiff sei in Lunewille als deutscher Boden besetzt worden. Und nun der Zwischenfall von Nancy. Auch hier hat die Pariser Regierung leidlich korrekt gehandelt, und für die allerdings ganz unbefriedigbaren und unentscheidbaren Notizen der Pariser Bevölkerung diejenige Remedur geschaffen, die man erwarten durfte. Aber statt sich nun in der Welle weiter zu schämen, wirt man sich in die Brust und bewundert sich selber wegen der Vornehmheit und der Grazie, mit der man dergleichen Dinge in Frankreich aus der Welt schafft. Gerade diese Erfahrungen stimmen die Erwartungen für eine erneute Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen stark herab. Nebenfalls wird man aus den Vorkommnissen der letzten Wochen das Eine zu lernen haben, daß die Stimmung in den französischen Grenzgebieten nachdrade einen

bedenklichen Grad von Schärfe

erreicht hat. Also nicht ohne Not über die Grenze laufen!

B. R.

Die Aufnahme des „3. 4“ in Lunewille.

Der eben erschienene ausführliche Bericht des Kapitäns Glund, des Führers des Luftschiffes „3. 4“, das unlangt zu einer Notlandung in Lunewille gezwungen war, schafft endlich Klarheit über die Aufnahme des Luftschiffes und seiner Insassen auf dem sächsischen Boden, nachdem in ganz unverständlicher Weise die tatsächlichen Vorgänge bisher verfaßt worden sind. Aus der Einzelheiten des Berichtes ist zu entnehmen, daß sofort nach der Landung Hauptmann George als Präses der Abnahmekommission sich beim Divisionskommandanten Rasco meldete, die Gründe der Landung erklärte und bat, sofort mit der deutschen Wochsthaft in Paris in Verbindung treten zu dürfen. Letzteres wurde bis nach eingeholter Erlaubnis der Zivilbehörde in Nancy verlagert. Darauf wurde das Luftschiff von einer militärischen Kommission auf Spionageverdad durchsucht, und zwar nicht nur sämtliche Papiere, sondern auch das ganze Schiff. Die verschlossene Funkenkabine wurde trotz Protestes erbrochen und untersucht. Die Hindernisse wurden aus den Motoren herausgeschraubt und dadurch das Schiff manövriereunfähig gemacht. Das Luftschiff wurde militärisch abgeperrt und ein Drahtzaun herumgezogen. Erst gegen 5 Uhr wurde die um 1/3 Uhr gehäuferte Wochsthaft in Verbindung zu treten, erlaubte. Oberleutnant Brandeis, der die Telegramme aufgab, wurde unterwegs im Automobil mit dem Bürgermeister von Lunewille von der Menge inuliert, mit Steinen beworfen und das Automobil mit Knütteln bearbeitet. Gegen 7 Uhr abends lud der General die Offiziere und den Führer zum Abendessen im Kasino ein; jedoch wurde diese Einladung abgelehnt mit der Begründung, daß sie beim Schiff bleiben müßten. Das Essen wurde dann für die vier Herren auf den Platz gebracht. Vorher hatte der General dem Führer erklärt, daß seine Soldaten nicht dazu da seien, das Schiff festzuhalten, er solle dafür sorgen, daß er baldmöglichst Arbeiter befame. Von dem Bürgermeister der Stadt Lunewille wurden darauf 150 Arbeiter gestellt zu 5 Francs für die Nacht, um das Schiff zu halten und die Soldaten abzulösen. Die Mannschaft des Luftschiffes war unterdessen unter steter Belästigung der Soldaten beschäftigt, die Sabotage am Sed des Schiffes zu reparieren. Während der ganzen Zeit liefen beständig Offiziere und Zivilisten, die die Erlaubnis von der Militärbehörde befamen, durch das Schiff trotz Protestes des Führers und der Mannschaft. Die Franzosen gebärdeten sich, als wenn das Schiff nicht deutscher Grund und Boden sei, sondern ihnen gehöre. Als der Führer und die Mannschaft gegen 7 1/2 Uhr das Schiff wieder betreten wollten, um Vorkorungen für die Nacht zu treffen und die Waache im Schiff zu übernehmen, wurden sie von den vier Posten mit aufgeföhntem Seitengewehr vom Schiff zurückgestoßen und dem Abendessen, daß sie nichts im Schiffe verloren hätten. Während der ganzen Nacht bis zum Morgen 7 Uhr mußten sich Führer und Mannschaft außerhalb des Luftschiffes aufhalten, durften nicht ans Schiff herangehen, auch nicht das Schiff besichtigen, durften auch nicht die Verankerung kontrollieren, sondern wurden beständig durch die Wochstposten mit aufgeföhntem Seitengewehr zurückgedrückt. Die Arbeiter verlusten in jeder Weite das Schiff schlichtlich zu beschädigen, folgten den Anweisungen des Führers in keiner Weite, und die Offiziere erklärten auf Weisung fortwährend, daß sie über die Arbeiter keine Gewalt hätten. Gegen 5 Uhr morgens, als die Lage des Schiffes kritisch wurde, verlangte der Führer sofortige Verbindung mit dem deutschen Wochsthafter. Es wurde abgelehnt mit dem Bemerken, daß erst der General gefragt werden müßte. Gegen 6 Uhr letzte der Führer ein an die deutsche Wochsthaft gerichtetes Telegramm auf, welches lautete: „Witten dringend Formalkriterien beschleunigen, da sonst für Weiterfahrt keine Garantie. Erbitten sofort Reichsdruck. Glund, Führer des Zeppelinluftschiffes.“ Dieses Telegramm wurde mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß es nicht abgedacht werden dürfe, bevor der General da sei. Während der Nacht verlusten die Offiziere ein gegenüberliegendes Kaffeehaus zu erreichen unter dem Schutze eines Unteroffiziers, um etwas zu genießen und für die Mannschaft Essen zu bestellen; dies war unmöglich, da sich die Bevölkerung sehr feindlich verhielt. In diese Zeit und die Mannschaft bekamen fast nichts zu essen. Es wurden molle Decken zur Verfüugung gestellt, die in die Kabine des Luftschiffes getworfen wurden, doch der Befahrung wurde nicht gestattet, das Schiff zu betreten, also hatten die molle Decken auch keinen Wert. Offiziere und Wochsthaft haben während der ganzen 24 Stunden Nacht und Tag auf dem Plage stehen müßen.

Deutsches Reich.

Landung zweier deutscher Fliegeroffiziere in Frankreich. Wie schon zuvor gemeldet, sind Hauptmann von Dewall und Leutnant v. Pirbach, die am Dienstag in Darmstadt zu einem Flug nach Mesau-

flogen, von der Richtung abgenommen und in Arcacourt in Frankreich, wenige Kilometer von der Grenze, gelandet. Infolge der von den französischen Zivil- und Militärbehörden sofort geführten Untersuchung ist die französische Regierung benachrichtigt worden, daß anerkannt worden sei, die deutschen Offiziere seien durch die Hände höherer Gewalt zur Landung mit ihrem Zeppelin gezwungen worden. Infolge dieser Bestimmung ist den Luftschiffen die Erlaubnis erteilt worden, wieder abzufahren. Sie haben Arcacourt um 5 Uhr auf dem Luftwege verlassen. Vor ihrer Abreise haben die deutschen Offiziere, als sie den Zweidecker besaßen, darauf gehalten, dem Unterrichten von Lunewille für seine Höflichkeit und für die Maßnahmen zu danken, welche er zum Schutze ihres Flugzeuges getroffen hatte. Sie beauftragten ihn außerdem, der französischen Regierung ihren Dank auszudrücken. Der Zweidecker flog auf, ohne daß irgend eine Kundgebung der immerhin sehr zahlreich angeammelten Menge stattgefunden hätte. Um 7 Uhr abends trafen beide Offiziere bei der Metzter Fliegerstation ein.

Die „Agence Havas“ schreibt amtlich: Institutionen sind an unsere Wochsthafter in Berlin gefandt worden, durch die er aufgeföhrt wird, die ganze Aufmerksamkeit der Kaiserlichen Regierung auf die wiederholten Landungen von deutschen Wochsthaften und Wochsthaftern in Frankreich nahe der Grenze hingelenken und auf die ersten Inzulagsigkeiten, die aus diesen bedauerlichen Zwischenfällen entstehen könnten. Cambon ist beauftragt worden, die deutsche Reichsanstalt zu erlöchen, Maßnahmen zu treffen, um Wiederholungen derartiger Ereignisse zu vermeiden. Im übrigen sind Besprechungen eingeleitet worden zwischen den beiden Regierungen, um so schnell wie möglich zu einem Uebereinkommen zu gelangen zur Festlegung der Regeln, die bei den Schmierigkeiten anzuwenden sind, die zwischen den Regierungen infolge der Luftschiffahrt entstehen könnten.

Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, sind wegen der verschiedenen Fälle von Landungen deutscher Luftschiffe in Frankreich der Grenzschutz bereits von der deutschen Regierung in Belgien eingeleitet worden, um solche Vorkommnisse künftig zu verhüten. Mit der französischen Regierung sind Besprechungen im Gange, die die Schaffung eines Abkommens zur Regelung der Luftschiffahrt bezwecken.

Keinere politische Nachrichten.

* Die Kaiserlichen Wochsthafter machten Dienstag nachmittag von Gomburg nach B. aus. Die Wochsthafter sind nach dem Feldberg. Abends fand bei den Wochsthaftern aus Anlaß des Geburtstages der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen Tafel statt, an der Prinz und Prinzessin Friedrich Karl mit ihren drei Prinzenjöhnen Friedrich Wilhelm, Christoph und Richard sowie ferner Erbsprinz und Erbsprinzessin von Baden, Prinzen von der deutschen Regierung Mr. Bregal und ein gewisser Offiziere des Kaiser-Regiments von Gersdorff (Märkisches) Nr. 80, dessen Ober-Prinzessin Friedrich Karl ist, geladen.

* Die Fahrt des Kaisers auf dem „Imperator“ ist verschoben worden. Finanzminister Dr. Henke und Gemahlin hatten zu Dienstagabend mehrere Einladungen zu einer parlamentarischen Gesellschaft erteilt. Von 9 Uhr abends füllten sich die ausgedehnten Gesellschaftsräume des Ministeriums mit zahlreichen Gästen, die sich erst gegen Mitternacht mit dem besten Einverständnis von der bevorzogenen Gastlichkeit dieses Hauses trennten.

* Die Budgetkommission des Reichstages nahm die Resolution des Zentrums: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu erlöchen, zur Prüfung der gesamten Militärsysteme für Reichswehr und Marine eine Kommission zu berufen, zu der vom Reichstage zu wählende Mitglieder des Reichstages und Sachverständige auszuwählen. Der Reichskanzler wird erlöcht, den Bericht der Kommission den abgelehnten Körperschaften mit Vorschlägen zur Vereinfachung etwaiger Militärstände mitzuteilen“, mit allen gegen die Stimmen der fortschrittlichen Volkspartei an. Weiter löste man den Kauf des Berliner Grundstücks Welterstraße 34 als Dienst- und Dienstwohngebäude für das Kriegsministerium (Militärkabinett) sowie des Grundstücks Wilhelmstraße 78 mit allen gegen drei Stimmen der Konservativen ab.

* Die „Norddeutsche Allgemeine“ gegen die „Welt“. Die „W. Z.“ schreibt: Wir finden in einem deutschen Blatte, in der „Welt“, aus Anlaß der Ranche Branage besühmende Ausfälle gegen das französische Volk im allgemeinen. Derartige Ausfälle verstoßen gegen echten Patriotismus und mehr derartige Bestätigung. Sie liefern dem Ausland, zu Unrecht beauftragt, den Vorwand, eigene chauvinistische Treibereien mit deutschen Maßlosigkeit gleicher Art zu entschuldigen. Im Interesse des Friedens und der Würde des deutschen Namens, den sie kompromittieren, auf eine derartige Sprache, als eines hochgebildeten Volkes unzulässig, ersuchen wir die Redaktion, sich zu enthalten.

* Bei der Reichstagserversammlung für den Präfekten Schäfer in B. am 6. wurde Kompremier Reich (Zentrum) mit überlegener Mehrheit gewählt.

Ausland.

Der Krieg auf dem Balkan.

Ueber die Situation vor Sufutari schreibt die „Wiener Allgemeine Ztg.“: Der Generallarm auf Sufutari ist von der montenegrinischen Seeerlöschung

a) geboren worden. Es ist nunmehr anzunehmen, daß sich die europäischen Großmächte bei dieser Sachlage entschließen werden, endlich mit wirksamen Maßregeln vorzugehen, um zu verhindern, daß Montenegro den Willen des gesamten Europa durchbringt und die Beschlüsse, die von allen Mächten in feierlicher Form gefaßt und verhängt worden sind, illusorisch macht. Allerdings ist nicht viel Zeit zu verlieren. In Suturi herrscht fürchterliche Hungersnot, und es besteht die Möglichkeit, daß Suturi in kürzester Zeit wegen Hungers fallen wird. — Ein in Cattaro ausgehendes Telegramm aus in Antivari weilenden Berichterstatters des „Messaggero“ meldet, daß seit Dienstag früh die Grenzen Montenegros für jeden Ausländer gesperrt seien; jedes Ueberfahren der Grenze herüber gleichwie hinüber ist verboten. Dadurch soll verhindert werden, daß das Ausland eher, als es den montenegrinischen Behörden paßt, Kenntnis von der Kapitulation Suturis erhalte, die angeblich unmittelbar bevorstehen soll.

Som Franken Raft.

Ueber das Befinden des Papstes circulated äusserst ungünstige Gerüchte, die jedoch nicht nachprüfbar sind, da die offiziellen Quellen vollständig verjagen. Die Veröffentlichung von Bulletin ist eingestell. Der Vertreter der „Brevi-Vertrale“ erklärt aus vatikanischen Kreisen, die gewöhnlich über die internen Vorgänge recht gut orientiert sind, daß Dienstag nachmittags ein rapider Kräfteverfall eingetreten hat. Bis 9 Uhr abends waren genauere Nachrichten über das Befinden des Heiligen Vaters nicht zu erlangen.

Der äunliche britische Vandal.

Im englischen Unterhause sagte Schatzkanzler Lloyd George bei Einbringung des Etats: Das letzte Jahr war für den britischen Handel das glücklichste, das die Welt seit 1872 gesehen hat. Die Preise des Handels stiegen so hoch, daß sie die großen und erfindlichen Hindernisse, den Kohlenpreis, die schlechte Ernte und den Balkanriegel mit all seinen Verwicklungen überwand, mit welchen er Europa bedrohte.

Der belgische Generalstreik.

In der belgischen Kammer wurde eine Tagesordnung angenommen, in der der belgische Generalstreik als vermerrlich bezeichnet wird, die aber ein Entgegenkommen in der Wahlkreisreform inforn beudeit, daß eine Kommission nähere Untersuchungen über das Wahlrecht anstellen soll. Ein außerordentlicher Kongreß der Sozialistenpartei am Donnerstag soll nach die Frage der Fortsetzung des Generalstreiks entscheiden. Es ist wahrscheinlich, daß eine nicht geringe Anzahl Arbeiter weiter im Streit verharrt wird. Wie der Vertreter der „B.C.“ aus Kreisen der Führer der Generalstreikbewegung erzählt, werden sofort nach der offiziellen Beendigung des politischen Generalstreiks eine große Reihe von Arbeitern der verschiedensten Industriezweige sofort mit dem politischen Streit zur Aufhebung ihrer Körperschaften beginnen.

5. Allgemeine Studentische Missionskonferenz.

Salte (Saale) 18.—22. April 1913.

VI.

Der heutige Dienstag begann mit einer Gebetsgemeinschaft und Morgenandacht gehalten von Herrn Oberpfarrer Richter und Bennenitzsch. Darauf folgten wieder Vorträge. Der ersten hielt Herr Missionsinspektor Lic. Prohmann Meyer-Baefel, früher Indien, über:

Die missionsarische Schularbeit.

Diese Arbeit hat sich in den letzten Jahrzehnten eine beachtende Stellung im Missionsstudium erworben. Zunächst warf der Vortragende einen Blick auf die Schularbeit. Die ersten Missionsstudien in Deutschland gehen auf das Jahr 1817 zurück. Der Unterricht geht nur Schritt für Schritt vorwärts. Disziplin ist bei den Schülern natürlich nicht vorhanden. Seine haben sich die Schulen vorzüglich entwickelt. Man hat Lehrpläne, bessere Schulgebäude usw. Die Hauptaufgabe der Missionsstudien ist die Schüler mit dem Wort Gottes bekannt zu machen. So sind nach und nach immer neue Fortschritte gemacht. Es ist ein sehr vielfältiges, Gymnasien, Studienanstalten. Das „Christian College“ in Madras ist ein multireligiöses Institut, in dem alle diese Schulen vereinigt sind. Drei Instituten sind daran angegliedert: Bibliotheken, Laboratorien, Gelegenheiten zur Ausübung des Sports usw. sind dort vorhanden. Auch für Studenteninnen ist schon hier und da getagt. In Zürich das „Madras-College“ in Konstantinopel. Die Arbeit der Schularbeit in den Missionsgebieten ist das theologische Seminar. Eigentlich sollen darin nur Jünglinge mit dem Maturitätszeugnis aufgenommen werden, es werden jedoch viel Ausnahmen gemacht. Wabam sprach der Redner über die Arbeit der Schularbeit. Diese ist nötig, weil, wenn die Schule nicht lernen und schreiben können, aus der Entwicklung des Christentums wird langsamer vor sich geht. Das höhere Schulwesen führt die Grundlage der künftigen Kirchengemeinde. Auch die Schulen für Mädchen sind notwendig, in Indien

a. B. kann das Christentum seine Fortschritte machen, wenn nicht zuerst die Frauen gewonnen werden. Die indischen Studenten von den religionslosen Schulen sind schlimm daran. Sie sind allen Gefahren und Forderungen ausgeheißt. Auch das greiften die älteren Missionsstudien. allgemeine Missionsstudien sind auch in anderen Ländern und religionslosen Schulen haben sich entwickelt. Der Erfolg des Schulwesens spricht auch für dieses. Allen an allen Schulen erfolgten Uebertritte zum Christentum. Kein Missionsgesellschaften fehlt es an Anhängern. Die Religion muß in den Schulen noch mehr als bisher in den Vordergrund gestellt werden. Es gibt, die ganze Welt auch auf die indische auszugehen. Es werden dort Welt und Licht. Näher gebracht.

Darauf sprach Herr Missionsdirektor Kolerzberger, früher Indien, über:

Wider aus der indischen Volkskunde.
Wo die Missionsarbeit in Indien langsam vorwärtsgeht, da sucht man durch Sammlung von begabundebenden Kindern Elementarschulen zu gründen. Diese Kinder werden durch die Schule von dem inneren und äußeren Schmutz, der ihnen anhaftet, gesäubert. Christen und Weiden werden in den Schulen gemeinsam unterrichtet. An einer Reihe von Beispielen zeigte der Vortragende, welche verheerende Wirkung das Christentum in diesen Schulen auf die Pölinge ausübt. Die Werbung, welche unsere Gesellschaften in Indien finden, zeigt sich fast ausschließlich in feindseligen Elementarschulen unter Schutz aus dem Bereich benutzt wird.

Dann sprach Herr Stud. theol. E. Komoro über:

Die Religion unter den japanischen Studenten.
Um das religiöse Leben unter den japanischen Studenten zu verstehen, muß man das Familienleben und die Schule in Japan kennen lernen. Die Religion ist die Religion, die den japanischen Ziele, welche den Geistesleben nicht befriedigen können. Die meisten Familien Japans sind mit dem Buddhismus verknüpft. Der Buddhismus ist eine Tempelreligion, welche als Ziel der Religion hat. Auch diese Religion eignet sich nicht für die Geistesleben. Der Confucianismus ist nicht, wie in China, seit mit dem Ahnenkult verbunden, sondern ist nur eine Morallehre. Das Ueberlebende ist ihm lebensfähig. Diese drei Lehren können sehr wohl gleichzeitig Eingang finden, weil der Egoismus den Ahnenkult, der Buddhismus das Jenseits und der Confucianismus die Moral. In der Gegenwart hat Japan ein noch 6 Jahre die Volkslehre (Confucianismus) stark ist der japanische Geist ausgeprägt, der ein festes Familienleben und ein hartes Schularbeit haben will. Durch die Geisteslehre Europas kommen die Schüler auch mit dem Christentum in Berührung, dieses hat jedoch seinen großen Einfluß. Bei den Studenten ist der Confucianismus sehr verbreitet. Es gibt eine tiefe Abneigung gegen die Christen werden.

Als nächster Redner sprach Herr Missionar W. Peitus,

Studentensekretär in Schanghai, über:

Das Schulproblem in China.

Redner behandelte die Frage, wie die vielen 1000 Studenten auf den chinesischen Hochschulen erzogen werden. Früher waren die Studenten im ganzen Lande zerstreut und kamen nur zu den Prüfungen zusammen. Jetzt sind sie in den Hauptstädten gesammelt. Früher wurde nur das Subjekt, welches als 2000 Schüler ist, war, jetzt die modernen Wissenschaften. In allen Universitäten besteht der christliche Verein junger Männer, welcher durch Vorträge usw. für das Christentum wirbt. Der Verein betreibt auch Sport, dadurch werden Freundschaften geschlossen, welche manchen dem Christentum zuführen. Viele haben sich entschlossen Priester zu werden. So sind viele hunderte von Studenten Christen geworden und deren Einfluß wirkt auf die ganze gebildete Welt. Die Bestrebungen werden von maßgebenden Persönlichkeiten gefördert und unterstützt. Es ist zu wünschen, daß die Missionare mit diesem christlichen Verein junger Männer zusammenarbeiten, um die studierende Jugend Chinas dem Christentum zu gewinnen. Es geht hier sehr man sehr gut. Es können jetzt hunderttausend Priester genommen werden, welche später nicht mehr zu bekommen sind.

Luffahrt.

Um die Nationalluftschiffe.

Am Dienstag früh hat der Pfleger Felix Laiffich in Gemeinschaft mit Regierungsbauerntr Gadjetter den Versuch gemacht, den von Reutnant Cantier firtig aufgestellten Verberflug-Baloon zu drücken. Um 7 Uhr 20 Min. morgens flog Laiffich auf dem P. G. Einbinder mit 100 P.S. umgeben. Der Versuch verlief sehr gut. Die Fahrt dauerte etwa zwei Stunden, die Fahrt wurde in 400 bis 500 Meter Höhe das Feld. Der Flug soll so weit östlich ausgeübt werden, als nur irgend möglich. Der Apparat, der der schnellsten Maschinen in Johannisthal, kann schließlich 100 bis 120 Kilometer auslegen. Die Windstärken, die Verberflug-Baloon zu überbieten ist möglich. Laiffich landete nach einer 240 Kilometer-Flugstrecke bei Deutsch-Walch. Die Bedingungen um den Ballonflugzeuges gestaltet jedoch beliebige Zwischenlandungen innerhalb einer Flugzeit von 24 Stunden. Es istsonach noch durchaus möglich, daß Laiffich eine neue Pöschelreise nach London mit dem Verberflug-Baloon unternimmt. Die Deutsche-Flug-110 Kilometer in der Stunde zurück.

Landung eines deutschen Ballons in Ungarn.
Der berühmte Ballon „Waldau“, der am Sonntag in Madua aufgegeben war, ist nach eingetroffenen Meldungen in Ungarn am Fuße der Karpaten glücklich gelandet.

und städtische ihm vertrauensvoll übertragene Memte verwaltete, denn aus seiner Zugehörigkeit zum Glatze oder zu einer Gilde ist nicht auf ein von der Familie betriebenes Gewerbe zu schließen. Bei dem Dorfe Stendal bestand frühzeitig eine landbesitzliche Burg. In deren Nähe hatten die Burgmannen Burglehen. Der Burggraf bis 1215 die Obergerichtsbartel führte. Der 1188 gegründete Dom war in der Burg des Markgrafen gelegen. Zu den Burgmannsgeschlechtern, deren ritterlichen Schwabemunde mit einem freien Adel, die Gewandfahrbirge auszeichnen und gehören auch die Bismardt. Auch von der Hage, v. Thirich usw., welche als Mitglieder des Rates auftraten, lassen sich Glieder in ritterlichen Verhältnissen nachweisen. Der erste Schultheiß, welchen bei Verleihung des Stadtrichters an das bisherige Dorf Albrecht der Fürst beehrte, war ein Winklerfeld. 1279 war ein Bürger erwählter Schultheiß der Stadt. Bei dem letzten Wortspruch hier war wohl in ihm Verdacht v. Bismardt erwachsen, welcher 1279 als Altermann der Gewandfahrbirge urkundlich genannt wird. Auch die Schultheißen Heinrich v. Zangermeier (1301) und Heinrich v. Scheplyff sind Winklerfeldgeheimen entpflossen.

Waren die Schultheißen ritterbürtige Männer, warum sollten die Schultheißen nicht aus dem ritterlichen auszeichnen sein? Denn wer stand höher amte näher als die bereits in Stendal schafften Burgmänner, unter deren Schutz die neue Stadtgemeinde gebildet wurde? Die nähere Kenntnis der Verhältnisse beginnt in Stendal zu einer Zeit, wo das Justizwesen sich zu entwickeln, daß schon 1285 die Sammler gegen die Mitglieder der alten Stadtgilde, die Gewandfahrbirge in feindseligen Gegebenheiten trat. Die Widerständel der Gewandfahrbirge wurde am 13. Mai 1321 zum ausschließlichen Betriebe des Großhandels mit Zuchen und Wollwaren landesherrlich privilegiert. Ihre Bedeutung wird dadurch gekennzeichnet, daß schon in 14. Jahrhundert als eine Gruppe der Gewandfahrbirge eine eigene Gesellschaft in Stendal bestand. Auch Geistliche, Mitglieder des landtäglichen Adels und Männer aus höheren

Vermischtes.

Der Niefenbammer „Imperator“, mit dem bekanntlich der Kaiser eine längere Probefahrt in See antreten will, und der der Hamburg-Amerika-Linie gehört, ist wieder flott geworden. Er verließ Dienstag abend kurz vor 6 Uhr seine Lager im Meer bei 7 1/2 Uhr in Bremerhaven.

Der oberdeutsch-bergarbeitere. Es streikten am Dienstag 7500 Bergarbeiter. Ein empfindlicher Mangel an Kohlen beginnt sich bemerkbar zu machen.

Todesfall. Der frühere Generaldirektor des Centralwesens in Wülheim am Rhe., St. Metzger, ist am 18. April in Wülheim, 67 Jahre alt, im Alter von 81 Jahren gestorben. Sein Leichnam wird am 21. in Wülheim beigesetzt werden.

Bestrafung eines Raubgerichtspräsidenten. Wie aus Dresden berichtet wird, erkrankte sich in der Nacht auf Montag der Randgerichtspräsident a. D. Gustav Döfzer in seiner Wohnung in der Platanenstrasse. Lebensüberdug hat den 88jährigen Greis in den Tod getrieben.

Die E. H. Wer hat Streit euch des Lebens...? Komposition? Die „Neue Zürcher Zeitung“ erinnert vor kurzem in einem kleinen Gebändchen an die 150. Geburtstag des Geburtstages des Dichters Martin Luthers aus dem Reußenhof, der das allbekannte Lied „Freut euch des Lebens...“ geschrieben hat. Es wurde gesagt, daß das 1798 gebildete Lied zuerst im Göttinger Muzenmanns von 1798 gedruckt erschienen und damals bereits mit der noch heute gelingenden Melodie von Hans Georg Wägel verknüpft wurde. Einmal mit dem Text und dem Text zusammengefaßt, ergab die Angabe einer Vertikalisierung bedürfte. Die Melodie rührt nicht von Wägel her; das Lied ist überhaupt nicht in Szene gesetzt worden; die Worte wurden vielmehr einer bereits vorhanden geworden Melodie unterlegt. Die Kenntnis des Vorganges verband man dem vertraulichen Freunde Luthers, dem Pfarrer und Schriftführer Hans Heß in Kitzingen, der bis 1859 gelebt hat. Über die Ueberlieferung wurde berichtet (siehe in seinem 1860 erschienenen Charakterbild des Meisters Salomon Knoll, das Knoll ein großer Freund der Musik gewesen ist und oft geäußert habe, daß diese Kunst besonders geeignet sei, ihm in die zum Wägel günstige Stimmung zu versetzen. Er führt dann fort: „Als der Meisters Hans Heß im Sommer hier ihm auf seinem Gute zuhause, ergab er sich oft, auf dem Wägel zu spielen, wo bei jeder die zweite Stimme auf einem Octav-Marinette lief; über er ließ sich, indes er an der Tafel arbeitete, von demselben auf der Höhe vorspielen. Vorzüglich gern hörte er ein kleines Kind, welches Heß, ein erst ein Jahr alt, aus dem Anfang eines Pflanzengartens von Ober, den er abentete an einem andern von Weib zu zumungewöhnlich hatte. Um Luthers Vergnügen an dieser lieblichen Melodie zu erhöhen, legte Martin Luther dieselben den Text seines Liedes „Freut euch des Lebens“ unter, welches er für ein kleines Kind der Muzenmanns-geellschaft gedichtet, und das, seiner Volkstümlichkeit wegen allgemein in alle Sprachen übergeht, nicht bloß in ganz Europa, sondern auch in andern Weltteilen bekannt wurde.“ (Ein deutscher Reisebericht aus seiner Lebenszeit im Jahre 1819 auf der Reise von Konstantinopel das die in Bord eines griechischen Schiffes erzählte; es wurde von einer schönen Stimme in hellgriechischer Sprache gehalten.) Nach diesem Bericht, der Heß im Jahre 1819 geschrieben hat, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Wägel die Melodie nicht komponiert hat. Wäre Wägel tatsächlich der Schöpfer gewesen, so hätte doch dieser nicht verflügelte, da ihm sehr wohl bekannt war, daß Martin Luther dem Wiederkehrer ein unbekannt war; zudem waren beide Freunde damals noch am Leben... Und nach dem Tode der auch bekanntlich in der Göttinger Muzenmanns-geellschaft die Melodie in Göttingen, und es bildete sich die Meinung, daß sie nur von Hans Georg Wägel herrühren könne. Dieser Ansicht gab Conrad Otto-Lieter in einem Züricher Neujahrblatt von 1838 in politischer Form Ausdruck, und seither wurde die Urheberhaft Wägels nicht bezweifelt, bis 1876 der Züricher Musikprofessor Albert Schütz über die Frage, ob Wägel nicht die Komposition des Liedes gewesen ist, eine sehr sorgfältige Untersuchung anstellte. Die Ergebnisse von Schützers Forschungen fielen gänzlich ungunstigen des Zeugnisse von David Heß aus, so daß endgültig festgestellt ist, daß Hans Georg Wägel die erwähnte Melodie nicht komponiert hat. Die Segende war aber einmal da, und sie erweist sich als fast unüberhörbar; findet sich noch die Frage beantwortet, wie auch bei der neuesten Auflage des großen Meyer... Nebenbei sei noch bemerkt, daß die Melodie — wenigstens des ersten Teils — die Heß einem Komponisten Dr. Auzschweig, rechte alt sein dürfte. Der Altermannsdorf Dr. Ferdinand Keller erzählt einmal, daß er während seiner Reisen in England 1820 bis 1831 in einer kleinen englischen Stadt die Worte von Wägel auch des Lebens“ ganz genau von einem jährhundertalten Winklerfeld niedergelegt hätte.

Aus Halle und Umgebung.
— **Salte, den 23. April.**
— **Auszeichnung.** Dem Stadtrat der Stadt Salte, Oberbürgermeister der Landwehr, Professor Dr. von Drigalski ist in Anerkennung seiner Verdienste um die gemeinsame Befestigung des Zephus im Südwesten des Reiches der rote Adlerorden 4. Klasse verliehen worden.

Die v. Bismardt nicht Schneidermeister, sondern ein rittermäßiges Geschlecht.
Ein phantasievolles Übersetzerstück des Herrn Woffe in der Zeitschrift der Straße zu Berlin hat in sensationellsten Tönen die übersandene Mitteilung gelehrt, daß der Mann, der dem Deutschen Reich den Hof ausgehien hat, von einer Schneidermeisterfamilie abstammte. Die Mitteilung hat in den nächsten Fortsetzungen das altmärkische Geschlecht urkundlich behandelt und darauf aufmerksam gemacht, daß die ältesten Träger des Namens als Matramen im Wogitzrat sowie als Mitglieder und Vorsteher einer städtischen Gilde zu Stendal nicht stremu wie die rittermäßigen Matramen, sondern discreti viri genannt werden. Daraufhin hat man angenommen, daß die Familie zunächst bürgerlicher Ursprungs erst mit der Verleihung des Schloß Wargahl in die höhere Rangstufe der Oberleute aufersteigt. Indes, was in Westpreußenland an der Tagesordnung war, nämlich die Zugehörigkeit von ritterbürtigen Matramen des niederen Adels zur Bürgerstadt der Städte und ihre Teilnahme am Stadtrat, kann nicht zur Unmöglichkeit in der Welt gefügt haben, so daß als Matramen gemeint durch die Bekennung mit Wargahl nur einem ursprünglichen Stande, dem Wägelstande, zurückzudenken wurde, und nur dadurch, daß er nunmehr zum schloßgeheften Adel zählte, zu einer höheren Rangstufe gelangte.

Die v. Bismardt nicht Schneidermeister, sondern ein rittermäßiges Geschlecht.
Die Aufhebung der Zünfte gegen die Geschlechter, welche das Stadtrat ausschließen inne hatten, hat sich im 15. Jahrhundert vollzogen, ist immerhin dem Kampfe der sogenannten armen Bürger gegen die Reichen in Stendal im Jahre 1845 vergleichbar. Bis zu diesem Zeitpunkt, wo in Stendal die Zerstörung der alten Geschlechter beseitigt wurde, ergriffen fast alle bekannt gewordenen Glieder der Bismardt'schen Sippe im Rat der Stadt. Der rittermäßige Mann, welcher die Bekennung in Stendal den rittermäßigen Rang, doch er seinen Wohnsitz nach der Stadt verlegte

Stellungen drängten sich in die Gemeinschaft. In die Glatze, welcher Gilde liehen sich sogar die Markgrafen Otto IV. und Ludwig der Ballez aufnehmen. Erst 1335, als ein Bismardt-Gildemeister war, wurde der Eintritt in die Gilde erreicht. Von höchster Bedeutung für die Frage, wofür Stande Klaus von seiner Bekennung mit Wargahl angehört, ist der Umstand, daß die Bekennung nicht für ihn als für einen in der Verwaltung und in Kriegsdiensten bedachten Mann, sondern auch für seine Brüder erfolgte. Ein Schloß, dessen Wappentragende Einheit und schwere Verantwortungen für die Bekennung mit sich brachte, ohne daß seine militärische Bestimmung, konnte unmöglich einen Mann des Bürgerstandes und seiner Familie für gegenwärtige und künftige Zeiten zu Leben gezwungen werden. Dazu kommt, daß dieses Ereignis als eine gewöhnliche Tatsache behandelt wird. Eine Landesbeschreibung ertricht sich nur auf einen einzelnen, hier erfolgt sie für die Familie. Ja, die Reider ignorieren diese Tatsache, und selbst Hans Heß, der in der Geschichte des Reiches die Bekennung von eben nicht eine Landesbeschreibung, sondern ein Mitglied in den alten Matramen der Sippe, die trotz des Wohlseins in der Stadt, trotz der Beteiligung an der Gilde der Hofbürger und trotz des Eintritts in das Stadtrat ihren rittermäßigen Rang behielten hatte.

Auch bei der ritterlichen Bürgerfamilie v. Adelte in Zangermeier ergibt sich aus ihren Gebändnissen deutlich die Zugehörigkeit zu einem adeligen Geschlecht.
Klaus von mit den v. d. Schulenburg und v. Bardenleben, den Vertretern der vornehmsten Familien des altmärkischen Adels, ließ mehr befreundet und stand als hat des Markgrafen Ludwig in höchstem Maße zu dem als eingefessenen Geschlecht der Wägelstande, was bei ihm homo novus aus dem Handwerkerstand unbenannt ergründet.
Nach je dem bemerkt, daß auch in späterer Zeit rittermäßige Männer Bürger der Städte wurden. So erwarben 1468 Georg Grotzenberg, 1470 Friedrich Bardeleben, 1592 Friedrich Bardeleben, 1593 Gerd Wippe, die ausdrücklich als ablig bezeichnet werden, das Bürgerrecht in Berlin.
Gg. 2.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 22. April 1913.

Am Bundesratsstische: Kriegsminister v. Heeringen, die Staatssekretäre Rüch und Dr. Solf.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 8 Minuten.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. G. G. G. (Fortfchr. Sp.) betreffend Erordnung des deutschen Reichsangehörigen Kap in Santa Cruz antwortete:

Wirtschaftlicher Legationsrat Dr. Penke: Die Gesundheitsfrage in Mexiko hat ohne weiteres die erforderlichen Schritte bei der mexikanischen Regierung angeregt, das Auswärtige Amt hat die Gesundheitsfrage telegraphisch angewiesen, auch weiterhin mit Nachdruck auf die Durchführung des Strafverfahrens bei der mexikanischen Regierung hinzuwirken.

Der bayerische Ministerpräsident Freiherr v. Hertling erscheint am Bundesratsstische.

Generalleutnant Wandel: Die Frage, ob Feuerwehreinrichtungen eingerichtet werden sollen, nach Art der Arbeiterausstufung, ist in Ermächtigung zu ziehen.

Abg. Weinhauser (Fortfchr. Sp.): Unsere Resolution auf bestimmte Regelung der Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter ist nur zu empfinden. Die Klagen der technischen Beamten wollen immer noch nicht verstummen.

Abg. Behrens (Fortfchr. Sp.): Gegen die Zahlung von Schmiergeldern an Organisationen sind auch wir prinzipiell. In dem von Dr. Müller-Meinungen erwähnten Falle war die Bezahlung, das Schmiergeld gezahlt worden, völlig verfehlt.

Generalleutnant Wandel: Der Vorwurf, als ob die Forderungen der technischen Hilfsarbeiter trotz mehrfacher Aufagen unbedürftig gelassen seien, trifft nicht zu. Dem Gedanken der Pensionisten für die Arbeiter steht ein Impulsgefühl gegenüber.

Abg. Böhle (Soz.): Die Feuerwehreinrichtungen befragen sich über gesellschaftliche wie auch dienstliche Zurücksetzung seitens der anderen Offiziere. Das die Militärverwaltung gewisse politische Vereine subventioniert, wundert uns nicht.

Generalleutnant Wandel: Die Rechte der Arbeiterausstufung müssen gewährleistet, und die Gehälter für jede Kleinigkeit vermindert werden.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fortfchr. Sp.): Die Beschäftigten, mit der ich gegen die Unterfertigung des Handwerkerbundes Stellung genommen habe, sind bereit; denn in der Budgetkommission hat General Wandel gesagt, jeder nationale Verein, der nicht beabsichtigt, Opposition zu treiben, erhalte eine solche Zulage.

Generalleutnant Wandel: Wir lassen alle Organisationen zu, wenn sie sich nicht friedensstörend betätigen. Wir haben hinsichtlich der Unterfertigung dieser Vereine seit Jahren mit dem Rechnungshof verhandelt, und dieser hat gegen die Verwendung dieser Mittel nichts einzuwenden gehabt.

Abg. Bremer (Soz.): Was geschieht mit den Strafgefangenen in der Unterfertigungskasse. Bei Gewährung von Unterfertigungen aus der Strafgefangenenkassen wirken die Arbeiterausstufung mit.

Abg. Dr. Regenheide (Reichsp.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden.

Das Kapitel wurde bewilligt.

Abg. Dr. Spahn (Zent.): Auf Antrag des Abg. Spahn (Zent.) wurde zunächst die erste Lesung eines Ergänzungsetats für die Schutzgebiete vorgenommen.

Dieser Etat wurde ohne Debatte an die Budgetkommission verwiesen.

Abg. Dr. Spahn (Zent.): Darauf wurde die Weiterberatung des Militäretats auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Abg. Schwarze-Wuppstadt (Zent.): Mit den Arbeiterausstufungen ist man in den technischen Instituten wenig zufrieden.

Generalleutnant Wandel: Bei den Technikern wie bei den Maschinenbauern sind hinsichtlich der Anstellungen- und Gehaltsverhältnisse Verbesserungen eingetreten.

Abg. v. Graefe-Gülfrow (Deutschf.): Ich behauere, daß kürzlich Angriffe gegen Regierungsstellen, insbesondere den Kriegsminister, in Zeitungen aus angeblich militärischen Kreisen in so scharfer Form erhoben worden sind.

Generalleutnant Wandel: Die Frage, ob Feuerwehreinrichtungen eingerichtet werden sollen, nach Art der Arbeiterausstufung, ist in Ermächtigung zu ziehen.

Abg. Weinhauser (Fortfchr. Sp.): Unsere Resolution auf bestimmte Regelung der Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter ist nur zu empfinden.

Abg. Behrens (Fortfchr. Sp.): Gegen die Zahlung von Schmiergeldern an Organisationen sind auch wir prinzipiell.

Generalleutnant Wandel: Der Vorwurf, als ob die Forderungen der technischen Hilfsarbeiter trotz mehrfacher Aufagen unbedürftig gelassen seien, trifft nicht zu.

Abg. Böhle (Soz.): Die Feuerwehreinrichtungen befragen sich über gesellschaftliche wie auch dienstliche Zurücksetzung seitens der anderen Offiziere.

Generalleutnant Wandel: Die Rechte der Arbeiterausstufung müssen gewährleistet, und die Gehälter für jede Kleinigkeit vermindert werden.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fortfchr. Sp.): Die Beschäftigten, mit der ich gegen die Unterfertigung des Handwerkerbundes Stellung genommen habe, sind bereit.

Generalleutnant Wandel: Wir lassen alle Organisationen zu, wenn sie sich nicht friedensstörend betätigen.

Abg. Bremer (Soz.): Was geschieht mit den Strafgefangenen in der Unterfertigungskasse.

Abg. Dr. Regenheide (Reichsp.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden.

Das Kapitel wurde bewilligt.

Abg. Dr. Spahn (Zent.): Auf Antrag des Abg. Spahn (Zent.) wurde zunächst die erste Lesung eines Ergänzungsetats für die Schutzgebiete vorgenommen.

Dieser Etat wurde ohne Debatte an die Budgetkommission verwiesen.

Abg. Dr. Spahn (Zent.): Darauf wurde die Weiterberatung des Militäretats auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Abg. v. Graefe-Gülfrow (Deutschf.): Ich behauere, daß kürzlich Angriffe gegen Regierungsstellen, insbesondere den Kriegsminister, in Zeitungen aus angeblich militärischen Kreisen in so scharfer Form erhoben worden sind.

Generalleutnant Wandel: Die Frage, ob Feuerwehreinrichtungen eingerichtet werden sollen, nach Art der Arbeiterausstufung, ist in Ermächtigung zu ziehen.

Abg. Weinhauser (Fortfchr. Sp.): Unsere Resolution auf bestimmte Regelung der Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter ist nur zu empfinden.

Abg. Behrens (Fortfchr. Sp.): Gegen die Zahlung von Schmiergeldern an Organisationen sind auch wir prinzipiell.

Generalleutnant Wandel: Der Vorwurf, als ob die Forderungen der technischen Hilfsarbeiter trotz mehrfacher Aufagen unbedürftig gelassen seien, trifft nicht zu.

Abg. Böhle (Soz.): Die Feuerwehreinrichtungen befragen sich über gesellschaftliche wie auch dienstliche Zurücksetzung seitens der anderen Offiziere.

Generalleutnant Wandel: Die Rechte der Arbeiterausstufung müssen gewährleistet, und die Gehälter für jede Kleinigkeit vermindert werden.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fortfchr. Sp.): Die Beschäftigten, mit der ich gegen die Unterfertigung des Handwerkerbundes Stellung genommen habe, sind bereit.

Generalleutnant Wandel: Wir lassen alle Organisationen zu, wenn sie sich nicht friedensstörend betätigen.

Abg. Bremer (Soz.): Was geschieht mit den Strafgefangenen in der Unterfertigungskasse.

Abg. Dr. Regenheide (Reichsp.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden.

Das Kapitel wurde bewilligt.

Abg. Dr. Spahn (Zent.): Auf Antrag des Abg. Spahn (Zent.) wurde zunächst die erste Lesung eines Ergänzungsetats für die Schutzgebiete vorgenommen.

Dieser Etat wurde ohne Debatte an die Budgetkommission verwiesen.

Abg. Dr. Spahn (Zent.): Darauf wurde die Weiterberatung des Militäretats auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Abg. v. Graefe-Gülfrow (Deutschf.): Ich behauere, daß kürzlich Angriffe gegen Regierungsstellen, insbesondere den Kriegsminister, in Zeitungen aus angeblich militärischen Kreisen in so scharfer Form erhoben worden sind.

Generalleutnant Wandel: Die Frage, ob Feuerwehreinrichtungen eingerichtet werden sollen, nach Art der Arbeiterausstufung, ist in Ermächtigung zu ziehen.

Abg. Weinhauser (Fortfchr. Sp.): Unsere Resolution auf bestimmte Regelung der Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter ist nur zu empfinden.

Abg. Behrens (Fortfchr. Sp.): Gegen die Zahlung von Schmiergeldern an Organisationen sind auch wir prinzipiell.

Generalleutnant Wandel: Der Vorwurf, als ob die Forderungen der technischen Hilfsarbeiter trotz mehrfacher Aufagen unbedürftig gelassen seien, trifft nicht zu.

Wesprengen und Vosen (Stammenvorlage) in Verbindung mit der Beratung der Denkschrift des Jahres 1912 über die Ausfertigung der Anstellungsgesetze.

Abg. v. Graefe-Gülfrow (Deutschf.): Ich behauere, daß kürzlich Angriffe gegen Regierungsstellen, insbesondere den Kriegsminister, in Zeitungen aus angeblich militärischen Kreisen in so scharfer Form erhoben worden sind.

Generalleutnant Wandel: Die Frage, ob Feuerwehreinrichtungen eingerichtet werden sollen, nach Art der Arbeiterausstufung, ist in Ermächtigung zu ziehen.

Abg. Weinhauser (Fortfchr. Sp.): Unsere Resolution auf bestimmte Regelung der Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter ist nur zu empfinden.

Abg. Behrens (Fortfchr. Sp.): Gegen die Zahlung von Schmiergeldern an Organisationen sind auch wir prinzipiell.

Generalleutnant Wandel: Der Vorwurf, als ob die Forderungen der technischen Hilfsarbeiter trotz mehrfacher Aufagen unbedürftig gelassen seien, trifft nicht zu.

Abg. Böhle (Soz.): Die Feuerwehreinrichtungen befragen sich über gesellschaftliche wie auch dienstliche Zurücksetzung seitens der anderen Offiziere.

Generalleutnant Wandel: Die Rechte der Arbeiterausstufung müssen gewährleistet, und die Gehälter für jede Kleinigkeit vermindert werden.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fortfchr. Sp.): Die Beschäftigten, mit der ich gegen die Unterfertigung des Handwerkerbundes Stellung genommen habe, sind bereit.

Generalleutnant Wandel: Wir lassen alle Organisationen zu, wenn sie sich nicht friedensstörend betätigen.

Abg. Bremer (Soz.): Was geschieht mit den Strafgefangenen in der Unterfertigungskasse.

Abg. Dr. Regenheide (Reichsp.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden.

Das Kapitel wurde bewilligt.

Abg. Dr. Spahn (Zent.): Auf Antrag des Abg. Spahn (Zent.) wurde zunächst die erste Lesung eines Ergänzungsetats für die Schutzgebiete vorgenommen.

Dieser Etat wurde ohne Debatte an die Budgetkommission verwiesen.

Abg. Dr. Spahn (Zent.): Darauf wurde die Weiterberatung des Militäretats auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Abg. v. Graefe-Gülfrow (Deutschf.): Ich behauere, daß kürzlich Angriffe gegen Regierungsstellen, insbesondere den Kriegsminister, in Zeitungen aus angeblich militärischen Kreisen in so scharfer Form erhoben worden sind.

Generalleutnant Wandel: Die Frage, ob Feuerwehreinrichtungen eingerichtet werden sollen, nach Art der Arbeiterausstufung, ist in Ermächtigung zu ziehen.

Abg. Weinhauser (Fortfchr. Sp.): Unsere Resolution auf bestimmte Regelung der Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter ist nur zu empfinden.

Abg. Behrens (Fortfchr. Sp.): Gegen die Zahlung von Schmiergeldern an Organisationen sind auch wir prinzipiell.

Generalleutnant Wandel: Der Vorwurf, als ob die Forderungen der technischen Hilfsarbeiter trotz mehrfacher Aufagen unbedürftig gelassen seien, trifft nicht zu.

Abg. Böhle (Soz.): Die Feuerwehreinrichtungen befragen sich über gesellschaftliche wie auch dienstliche Zurücksetzung seitens der anderen Offiziere.

Generalleutnant Wandel: Die Rechte der Arbeiterausstufung müssen gewährleistet, und die Gehälter für jede Kleinigkeit vermindert werden.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fortfchr. Sp.): Die Beschäftigten, mit der ich gegen die Unterfertigung des Handwerkerbundes Stellung genommen habe, sind bereit.

Generalleutnant Wandel: Wir lassen alle Organisationen zu, wenn sie sich nicht friedensstörend betätigen.

Abg. Bremer (Soz.): Was geschieht mit den Strafgefangenen in der Unterfertigungskasse.

Abg. Dr. Regenheide (Reichsp.): Die Wohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen angepasst werden.

Das Kapitel wurde bewilligt.

Abg. Dr. Spahn (Zent.): Auf Antrag des Abg. Spahn (Zent.) wurde zunächst die erste Lesung eines Ergänzungsetats für die Schutzgebiete vorgenommen.

Dieser Etat wurde ohne Debatte an die Budgetkommission verwiesen.

Abg. Dr. Spahn (Zent.): Darauf wurde die Weiterberatung des Militäretats auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Abg. v. Graefe-Gülfrow (Deutschf.): Ich behauere, daß kürzlich Angriffe gegen Regierungsstellen, insbesondere den Kriegsminister, in Zeitungen aus angeblich militärischen Kreisen in so scharfer Form erhoben worden sind.

Generalleutnant Wandel: Die Frage, ob Feuerwehreinrichtungen eingerichtet werden sollen, nach Art der Arbeiterausstufung, ist in Ermächtigung zu ziehen.

Abg. Weinhauser (Fortfchr. Sp.): Unsere Resolution auf bestimmte Regelung der Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter ist nur zu empfinden.

Abg. Behrens (Fortfchr. Sp.): Gegen die Zahlung von Schmiergeldern an Organisationen sind auch wir prinzipiell.

Generalleutnant Wandel: Der Vorwurf, als ob die Forderungen der technischen Hilfsarbeiter trotz mehrfacher Aufagen unbedürftig gelassen seien, trifft nicht zu.

Abg. Böhle (Soz.): Die Feuerwehreinrichtungen befragen sich über gesellschaftliche wie auch dienstliche Zurücksetzung seitens der anderen Offiziere.

Preussische Landtag Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 22. April 1913.

Am Regierungstische Minister der öffentlichen Arbeiten v. Treitschke.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Erdwig eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Die zweite Beratung der Vorlage wegen Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahnen wurde fortgesetzt mit der namentlichen Abstimmung über § 1 der Kommissionsbeschlüsse, wonach die Regierung ermächtigt wird, zur Vorbereitung eines elektrischen Betriebes auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen unter vorläufiger Beschränkung auf die von den Stadt- und Ringbahnen befahrenen Strecken 25 Millionen zu verwenden.

Die Regierung verlangte zur Einrichtung elektrischer Zugförderung auf diesen Bahnen 50 Millionen. Die Abstimmung ergab die Annahme mit 102 gegen 49 Stimmen.

Darüber stimmten geschlossen die Reichstagen und Sozialdemokraten, die Freikonfessionen mit wenigen Ausnahmen, die Mehrheit der Nationalliberalen, ein kleinerer Teil der Konservativen, des Zentrums und der Polen.

Der Antrag Gerhardus, der nur Mittel für weitere Versuche bereitstellen und auch den Zweerband Groß-Berlin mit heranziehen will, wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Darauf wurde der ganze Gegenstand sofort in dritter Lesung angenommen.

Die Fortsetzung der zweiten und dritten Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend Änderung der rheinischen Zusammenlegungs- und Gemeinheitssteuergesetze wurde vorläufig zurückgestellt.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über Wohnbauten zur Stärkung des Deutstums in den Provinzen.

Die Königlich Preussische Regierung zu erklären, in den überlegenen polnischen Teilen der Provinzen Preußen den deutschen Handels- und Gewerbetreibenden, namentlich in den Reichstädten, wirtschaftlich zu fördern, insbesondere durch 1. bestmögliche Befriedigung der Umgebungen der Städte mit deutschen Bauern und Arbeitern, 2. Förderung des Realverkehrs auch über die Grenze der Mühlbachersehe hinaus, 3. bessere Ausbildung der Gewerbetreibenden in den Fachkenntnissen, in der Berechnung und in der Durchführung, 4. Förderung des gewerblichen Gewerkschaftswesens unter Ermöglichung des Anschlusses vereinzelter Gewerbetreibenden, 5. Förderung der Gehaltsmäßigkeit von Gewerbetreibenden in eigenen Wohnhäusern.

Abg. Windler (Soz.): Meine politischen Freunde werden die Vorlage einmütig annehmen. Alles, was möglich ist, muß geschehen, um einer Abwanderung des deutschen Volkes im Osten der Monarchie entgegenzutreten. Es sollte darauf gedrungen werden, daß wir nur das beste Arbeitermaterial bekommen. Nichtwanderer aus Ostpreußen gegenüber sollte man vorzüglich sein. Dem Antrage der Budgetkommission stimmen wir zu.

Abg. Dr. Zimmer (Ztr.): Der Standpunkt meiner politischen Freunde ist von dieser Stelle aus schon so oft erörtert worden, daß ich nicht darauf zurückkommen brauche. Ich kann nur noch einmal hervorheben, daß wir den jetzigen Antrag einmütig ablehnen werden. Wenn uns etwas darin befriedigen konnte, so waren es die in der Kommission vorgelegten Statistiken. Was das Anstellungsgesetz betrifft, hat, liegt man an der Stadt Vilsa. Dort gab es früher keinen polnischen Laden. Heute sind die deutschen Geschäfte fast ganz aus der Stadt verdrängt. Es ist zu erkennen, wie wir vorwärts gehen. Die polnische Bevölkerung, die man vom Lande verdrängt, ging in die Städte. Man will den deutschen Handel in der Stadt fördern. Die polnischen Kaufleute können man betreiben. Aber, das was hier vorgeföhren wird, müssen wir entgegennehmen, da es sich ja um ein Ausnahmengesetz handelt. Die ganze Politik bewegt sich in der Richtung. (Bestätigt Zustimmung im Zentrum und bei den Polen.) Im Reich wird eine Milliarde gefordert zum Schutze der Ostgrenze, hier werden Millionen gefordert, die an der Ostgrenze den Zinsfuß hängen und die Grenze schwächen. Wenn Sie die Polen mit den neuen Maßnahmen aus den Städten verdrängen, so werden sie in andere Provinzen ziehen und Sie werden ihnen dorthin mit Ihren Maßnahmen folgen müssen. Wie lange werden Sie das fortsetzen können? Von 245 katholischen Wörtern sind nur mit 8 Anstellungsbeträgen geföhren worden. (Hört! hört! im Zentrum.) Ich kann nur wünschen, daß durch Verhandlungen mit den polnischen Wörtern die Möglichkeit geschaffen wird, im laufenden Jahre noch mehr katholischen anzustellen. Die Polenpolitik können wir als keine einwandfreie bezeichnen. Sie ist eine ungerichte Politik, die meine politischen Freunde unter keinen Umständen unterstützen werden.

Abg. Glöckel (Nat.): Im Namen meiner politischen Freunde erkläre ich, daß wir dieser Vorlage zustimmen werden. Ich möchte dem Wünsche Ausdruck geben, daß man mit dem Kauf von Wohnungen möglichst schnell vorgeht, da zurzeit eine günstige Verkaufslage im Zentrum besteht und zu beschließen ist, daß diese jetzt bald wieder zurückgeht. Vielleicht wird auch der polnische Großgrundbesitz aus diesem Grunde der Frage nachzusehen, ob es nicht ratsam ist, diese günstigen Verkaufslagen auszunutzen. (Zuruf der Polen: Burchard nach!) Auch wir halten öffentliche Zentren für notwendig, da diese uns nicht zu unterschätzendem Einfluß auf die Stimmung des ganzen Gütermarktes sein werden. Der Vorredner hat die ganze Anstellungspolitik der Regierung als eine Politik der Widerprüge bezeichnet. Diesen Vorwurf kann ich in keiner Weise anerkennen. Auch die Besetzung des Vorredners, daß zu wenig deutsche Katholiken in den Ostmarken angestellt werden, ist unbegründet. Die Hauptsache bleibt, daß die deutschen Bauern in geeigneter Weise angestellt werden. Von der Ausrottung der polnischen Bevölkerung kann keine Rede sein. Wenn die Anstellungspolitik auch mit den Steuern der Polen betrieben wird, so ist darauf hinzuweisen, daß der Hauptzweck der Anstellungspolitik die Eingliederung des preussischen Staates ist. Dazu müssen auch die Polen beitragen. Nur in einem Punkte sind die Klagen der Polen über die polnische Anstellungspolitik und zwar bezüglich der Verlegung der bankrotten Erbschaft an Polen. Diese Mißstände werden auch von den Freunden der Anstellungspolitik bedauert. In die Anstellungskommission sollten mehr Anbieter aufgenommen werden. Dem Anbieter sollte in Notfällen auch gestattet werden, polnische Arbeiter zu beschäftigen. Ich bin überzeugt, daß wenn erst die deutsche Bevölkerung in den beiden Provinzen allgemein überwiegt, wir auch allgemein befriedigende Verhältnisse haben werden. Der Deutsche neigt nicht zu nationaler Unterdrückung (Widerpruch bei den Polen). Wo Deutsche sind, können auch andere Nationen in Ruhe und Frieden nebeneinander leben. Das ist das Ziel unserer Ostmarkenpolitik. Das werden wir fortwährend auch erreichen. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff (Freikonz.): Es sind innerhalb und außerhalb des Hauses in letzter Zeit so unzählige Angriffe gegen die Regierung und die Mehrheit gerichtet worden, daß es an der Zeit erscheint, denselben einmal energig entgegenzutreten. Der Abg. Roskoff hat gesprochen von einer Politik, die Hoff, Erbitterung und Verdrossenheit hervorgerufen hätte. (Sehr wahr! bei den Polen.) Er hat von Feinden der polnischen Bevölkerung gesprochen. (Sehr wahr! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Der Abg. v. Trampczinski hat gemeint, daß alle Moral durch unsere Polenpolitik über den Haufen geworfen würde. (Sehr wahr! bei den Polen.) Er hat von einem Schandspahle des preussischen Staates gesprochen. (Sehr wahr! bei den Polen.) Diese Sprache ist gewiß sehr verletzend, aber sie ist maßvoll gegen das, was uns in den letzten Wahlen in der polnischen Presse entgegengeflüchelt worden ist. Es wird gesprochen von einer Schandenrede, von einer Unverschämtheit, die eigentlich zu jedem Verbrecher fähig sei. (Sehr wahr! bei den Polen.) Sie (zu den Polen) haben endlich die Unverschämtheit der Kulturwelt auf die Zuhörer, die in einigen Provinzen Schulen besetzen lassen, gelenkt. Ich stelle fest, daß alle

